

Auftraggeber

Stiftung SPI/INISEK-Regionalpartner Süd-Ost

Vergabeunterlagen zur Öffentlichen Ausschreibung des

INISEK-Schulprojektes: INISEK-CB-4062

Name des Schulprojektes: Streitschlichter

im INISEK-Förderbereich:

- Entwicklung der Berufswahlkompetenz
- Praxislernen in Betrieben
- Praxislernen in Werkstätten
- Herausbildung und Stärkung von sozialen und personalen Schlüsselkompetenzen

für das Schuljahr 2018/19

Angebotsfrist 30.04.2018, 8 Uhr bis 25.05.2018, 16 Uhr

Die Initiative Sekundarstufe I (INISEK) wird gefördert durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



LAND
BRANDENBURG
Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport



Die Vergabeunterlagen zu dieser Ausschreibung umfassen folgende Unterlagen:

1. Allgemeine Hinweise

- 1.1 Einzelbieter, Bietergemeinschaften
- 1.2 Aufbau/Form/Inhalt des Angebotes
- 1.3 Bieterfragen
- 1.4 Prüfung/Wertung der Angebote
- 1.5 Nachforderung von Unterlagen
- 1.6 Zuschlagserteilung/Vertragsabschluss
- 1.7 Aufhebung des Vergabeverfahrens

2. Leistungsbeschreibung des Projektes

- 2.1 Zielgruppe
- 2.2 Bedarfsanalyse der Schule
- 2.3 Ziele und Leistungsmerkmale des Projektes
- 2.4 Organisationsform
- 2.5 Rahmenbedingungen
- 2.6 Kostenkalkulation

3. Wertungskriterien

Anlagen (siehe vom Bieter / der Bietergemeinschaft auszufüllende Dokumente)

Vordrucke für die Angebotserstellung

- Anlage 1 Gliederung der Angebotsunterlagen
- Anlage 2 Preisblatt
- Anlage 3 Kalkulationsschema
- Anlage 4 Daten des Bieters/der Bietergemeinschaft
- Anlage 5 Nachweis der Bietereignung
- Anlage 6 Auskunft zur Qualifikation der für die Leistungserbringung vorgesehenen Fachkräfte
- Anlage 7 Erklärung zu den Referenzen
- Anlage 8 Kennzettel für Angebotsumschlag

1. Allgemeine Hinweise

Alle enthaltenen Angaben in diesen Vergabeunterlagen beziehen sich stets auf die männliche **und** weibliche Form. Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, wurde auf die Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Wenn in den Angaben der Vergabeunterlagen die Bezeichnung „Bieter“ verwendet wird, gilt diese für Einzelbieter und Bietergemeinschaften gleichermaßen, soweit an der entsprechenden Stelle nichts anderes angegeben ist. Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, wurde auf die Bezeichnung „Bietergemeinschaft“ verzichtet.

Der Bieter bestätigt mit seiner Unterschrift unter dem Angebot, dass alle in diesem Vergabeverfahren beschriebenen Anforderungen erfüllt werden bzw. danach verfahren wird.

Änderungen sowie Ergänzungen an den Vergabeunterlagen führen gemäß § 16 Abs. 3 VOL/A zum Angebotsausschluss. Nebenangebote, also die Abgabe von Angeboten, die inhaltlich von der vom Auftraggeber vorgesehenen Leistungsausführung abweichen, sind nicht zulässig.

Das Angebot muss bis zum Ende der Angebotsfrist (Posteingang Auftraggeber) in einem verschlossenen Umschlag dem Auftraggeber zugegangen sein. Auf der Vorderseite des Umschlages ist, **zusätzlich zur Anschrift des Auftraggebers**, der in Druckbuchstaben ausgefüllte Kennzettel (Anlage 8) sicher zu befestigen. Die Abgabe von mehreren Angeboten in einem Umschlag ist **nicht** zulässig.

1.1 Einzelbieter/ Bietergemeinschaften

Die Abgabe der Angebote ist sowohl durch Einzelbieter als auch durch Bietergemeinschaften erlaubt. Bei Abgabe des Angebotes durch eine Bietergemeinschaft ist es notwendig, dass sie einen Bevollmächtigten zur Angebotsabgabe und Vertragsdurchführung benennt (Anlage 4). Die Bietergemeinschaft muss eine Rechtsform haben, bei der die Gesellschafter gesamtschuldnerisch haften. Nach Ablauf der Angebotsfrist bis zur Zuschlagserteilung darf keine Bietergemeinschaft mehr gebildet bzw. geändert werden (z. B.: Erweiterung, Austausch von Mitgliedern, Wegfall von Mitgliedern usw.). Die Rechnungslegung hat im Namen der Bietergemeinschaft zu erfolgen und ist vom Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft zu unterschreiben.

1.2 Aufbau/Form/Inhalt des Angebotes

Als Grundlage für die Erstellung des Angebotes sind ausschließlich diese Vergabeunterlagen zu verwenden. Folgende Unterlagen sind mit Angebotsabgabe einzureichen:

1. Angebotsschreiben
2. Gliederung der Angebotsunterlagen (Anlage 1)
3. Preisblatt (Anlage 2)
4. Konzept
5. Kalkulationsschema (Anlage 3)
6. Daten des Bieters/der Bietergemeinschaft (Anlage 4)
7. Nachweis der Bieterreignung (Anlage 5)
8. Auskunft zur Qualifikation der für die Leistungserbringung vorgesehenen Fachkräfte (Anlage 6)
9. Erklärung zu den Referenzen (Anlage 7)
10. Nachweis der Unternehmereigenschaft (Auszug aus dem Handelsregister, Vereinsregisterauszug, für Freiberufler genügt ein Nachweis der steuerlichen Anmeldung beim Finanzamt)

Diese Gliederung ist einzuhalten (siehe auch Anlage 1).

Bei Bietergemeinschaften müssen die Vordrucke der Anlagen 4 und 5 von **jedem** Mitglied der Bietergemeinschaft ausgefüllt und eingereicht werden. Das Angebot sowie sonstiger Schriftverkehr müssen in deutscher Sprache erfolgen. Im Angebot müssen alle Preise sowie sonstige geforderte Angaben und Erklärungen enthalten sein. Des Weiteren muss es an den dafür vorgesehenen Stellen (siehe Anlagen 2, 4 und 5) rechtsverbindlich im Original unterschrieben sein.

Bei allen unvollständigen Angeboten und bei Angeboten, die auf der Grundlage der Geschäftsbedingungen des Bieters gemacht werden, erfolgt der Ausschluss.

Zur Entlastung der Umwelt und um eine kopierfähige Form zu gewährleisten, bittet der Auftraggeber darum, das Angebot einseitig bedruckt, gelocht und ohne Prospekthüllen, Spiral-/ Klebebindungen, Trennblätter oder Ähnlichem einzureichen.

Das gesamte Angebot soll auf **jeder** Seite mit dem Firmenstempel des Bieters versehen sein. Bei Bietergemeinschaften ist der Stempel des bevollmächtigten Vertreters zu nutzen. Werden die Angebotsunterlagen auf Firmenbriefköpfen oder Ähnlichem eingereicht, so dass eine eindeutige Zuordnung gewährleistet ist, kann auf das Abstempeln verzichtet werden. Alle eingereichten Unterlagen sind fortlaufend zu nummerieren. **Das Konzept ist in der vorgegebenen Reihenfolge der Wertungskriterien zu gliedern (siehe Bewertungsmatrix 3.).** Der **Umfang** des **Konzepts**, ohne die in den Vergabeunterlagen geforderten Anlagen, sollte insgesamt **12 Seiten** (Schriftart Arial, Schriftgrad 11) nicht übersteigen. **Es sind nur die zu dieser Ausschreibung gehörenden Anlagen bei der Angebotsabgabe zulässig.**

1.3 Bieterfragen

Fragen projektbezogener oder verfahrensrechtlicher Art, die im Rahmen der Angebotserstellung entstehen und welche sich nicht aus den Vergabeunterlagen beantworten lassen, können **längstens bis 5 Tage vor Ende der Angebotsfrist ausschließlich schriftlich** an die

Stiftung SPI, Niederlassung Brandenburg Süd-Ost
INISEK-Regionalpartner Süd-Ost
Berliner Straße 54
03046 Cottbus

gerichtet werden.

Die Übermittlung von Fragen via E-Mail ist zulässig (inisek@stiftung-spi.de).

Sollten sich aus den Bieterfragen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ein Missverständnis objektiv bedingt ist, erfolgt die Aufklärung gegenüber allen Bietern über die Internetseiten des Auftraggebers unter www.spi-inisek.de.

1.4 Prüfung/Wertung der Angebote

Der Bieter hat anhand des Kalkulationsschemas (Anlage 3) seine Kalkulation vorzunehmen. Nachträgliche Preisverhandlungen sind ausgeschlossen. Bei der Wertung der Angebote wird gemäß § 16 Abs. 6 VOL/A die Angemessenheit der Preise geprüft.

Ein Angebot wird als unangemessen niedrig angesehen, wenn der Unterschied zwischen dem erstplatzierten und dem nachfolgenden Angebot mehr als 20 Prozent beträgt, wobei es auf den Gesamtpreis des Angebotes und nicht auf die Einzelpreise ankommt. Liegt ein solches Niedrigpreisangebot vor, erfolgt eine Aufklärung seitens des Auftraggebers, ob eine wirtschaftliche und ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags dennoch gewährleistet ist.

Der Konzeptinhalt wird anhand der in der Bewertungsmatrix (siehe 3.) aufgeführten Kriterien bewertet.

Nachweise über seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit hat der Bieter sowohl mit den geforderten Anlagen als auch mit seinem Konzept zu erbringen. Die fachliche Eignung des Bieters wird als nicht gegeben gewertet, insofern es ihm nicht gelingt in den Wertungsbereichen 1.2.1 bis 1.2.4 eine Mindestpunktzahl von 2 Punkten je Wertungsbereich und Prüfer zu erlangen. Gelingt dies nicht, erfolgt ein Ausschluss des Angebotes entsprechend § 16 Abs. 3 lit. a) VOL/A.

Es gelten ausschließlich nachstehende vier Bewertungsstufen:

- 0 Punkte:** Das Konzept des Bieters entspricht im Wertungsbereich nicht den Anforderungen.
- 1 Punkt:** Das Konzept des Bieters entspricht im Wertungsbereich mit Einschränkungen den Anforderungen.
- 2 Punkte:** Das Konzept des Bieters entspricht im Wertungsbereich vollumfänglich den Anforderungen.
- 3 Punkte:** Das Konzept des Bieters ist im Wertungsbereich der Zielerreichung in besonderer Weise dienlich.

Der jeweilige Gliederungspunkt wird mit **0 Punkten** bewertet, wenn die genannten Anforderungen nicht erfüllt sind oder der Punkt inhaltlich nicht schlüssig dargestellt wurde. Dies gilt auch, wenn die Anforderungen lediglich stichpunktartig ohne weitere konzeptionelle Ausführungen wiederholt werden. Außerdem wird ein Gliederungspunkt mit 0 Punkten bewertet, wenn es im Hinblick auf die Zielsetzung des Projektes/der Beauftragung keinen Erfolg verspricht.

Der jeweilige Gliederungspunkt wird mit **1 Punkt** bewertet, wenn die genannten Anforderungen mit Einschränkungen (d.h. die geforderten Inhalte werden nicht vollumfänglich dargestellt) erfüllt sind oder die Darstellung inhaltlich Unschärfen aufweist, die Konzeption des Projektes/der Beauftragung aber insgesamt eine erfolgreiche Durchführung erwarten lässt.

Der jeweilige Gliederungspunkt wird mit **2 Punkten** bewertet, wenn die genannten Anforderungen vollumfänglich dargestellt und inhaltlich schlüssig dargestellt sind sowie im Hinblick auf die Zielsetzung des Projektes/der Beauftragung Erfolg versprechen.

Der jeweilige Gliederungspunkt wird mit **3 Punkten** bewertet, wenn er der Zielerreichung in besonderer Weise (z.B. kreative Ideen bzw. kreative methodische Ansätze) dienlich ist und dies in der Konzeption inhaltlich schlüssig dargestellt ist.

Die Bewertungsmatrix besteht aus Wertungsbereichen, die jeweils Wertungskriterien enthalten. Die einzelnen Wertungskriterien sind gewichtet und mit Relevanzfaktoren versehen (Spalte 5 der Bewertungsmatrix). Die Gewichtung spiegelt die jeweilige Bedeutung der Wertungskriterien innerhalb des Wertungsbereiches wider.

Alle Angebote werden von zwei Prüfern unabhängig voneinander geprüft. Die Summe der erzielten Wertungspunkte (Spalte 3 und 4) des Wertungskriteriums wird mit dem jeweiligen Relevanzfaktor (Spalte 5) multipliziert. Die Summe der Leistungspunkte ergibt sich aus der Addition der Leistungspunkte aller Wertungsbereiche der Regionalpartner und den Leistungspunkten aus der Stellungnahme der Projektschule. Die so ermittelten Leistungspunkte können maximal 282 bei Projekten zur Förderung der sozialen und personalen Kompetenzen betragen. Nach Beurteilung der Qualität und des Gesamtpreises

erfolgt die Auswahl des Angebotes, das den Zuschlag zur Durchführung der Maßnahme erhalten soll. Auszuwählen ist das Angebot, das unter Berücksichtigung aller Umstände am wirtschaftlichsten ist.

Die Bewertung der Angebote erfolgt unter Anwendung der erweiterten Richtwertmethode nach UfAB V mit einem Leistungs-Preis-Verhältnis von 60:40. Es erfolgt eine mathematische Rundung auf zwei Dezimalstellen.

Der nach dieser Vorgehensweise wirtschaftlichste Bieter (höchste Kennzahl) erhält den Zuschlag. Bei identischen Kennzahlen greift das preisgünstigere Angebot. Sollten die entsprechenden Angebote in der Kennzahl und im Preis gleich sein, erfolgt eine Auslosung.

1.5 Nachforderung von Unterlagen

Sollten Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der Angebotsfrist vorgelegt worden sein, sind diese nach Aufforderung per E-Mail durch den Auftraggeber innerhalb von **sieben** Kalendertagen nachzureichen. Kommt der Bieter der Aufforderung nicht in der gesetzten Frist nach, führt dies zum Ausschluss des Angebotes i. S. d. § 16 Abs. 3 lit. a) VOL/A. Der Bieter ist verpflichtet, sein im Angebot angegebenes elektronisches Postfach kontinuierlich abzurufen.

1.6 Zuschlagserteilung/Vertragsabschluss

Es erfolgt eine schriftliche Zuschlagserteilung bis spätestens zum 13.07.2018. Die Bindefrist für das Angebot sowie die Zuschlagsfrist sind identisch. Bis zum Ende der Zuschlagsfrist ist der Bieter somit an sein Angebot gebunden. Wird bis zum Ablauf der Frist kein Zuschlag erteilt, gilt das Angebot als nicht berücksichtigt. Wenn der Zuschlag rechtzeitig und ohne Änderung erteilt wird, gilt der Vertrag ab Zuschlagserteilung zu den Bedingungen/Vorgaben in diesen Vergabeunterlagen und auf der Grundlage des Angebotes als rechtskräftig zustande gekommen. Dies gilt unbeschadet der späteren schriftlichen Festlegung in einer Vertragsurkunde.

1.7 Aufhebung des Vergabeverfahrens

Gemäß § 17 VOL/A kann das Vergabeverfahren aufgehoben werden, wenn:

- kein Angebot eingegangen ist, das den Bewerbungsbedingungen entspricht,
- sich die Grundlagen des Vergabeverfahrens wesentlich geändert haben,
- es kein wirtschaftliches Ergebnis gehabt hat,
- andere schwerwiegende Gründe bestehen.

Die Ausschreibung kann insbesondere dann aufgehoben werden, wenn die Schule ihre Bedarfsanalyse, die Grundlage für die vorliegende Ausschreibung ist, nach Beginn der Ausschreibung zurückzieht. Die Bieter werden über die Aufhebung des Vergabeverfahrens unter Bekanntgabe der Gründe unverzüglich durch den Auftraggeber benachrichtigt.

2. Leistungsbeschreibung des Projektes

Alle in den Bereichen 2.1 bis 2.5 genannten Unterpunkte stellen Anforderungen dar, welche vom Bieter erfüllt werden müssen. Es ist **nicht** erwünscht, dass der Bieter diese in seinem Konzept zusätzlich wiederholt. Mit seiner Unterschrift auf dem Preisblatt bestätigt er, dass die aufgezählten Forderungen durch ihn erfüllt werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, während der Dauer des Vertrages sowie innerhalb von 4 Wochen vor Beginn des Projektes auch ohne vorherige Anmeldung die Einhaltung der Anforderungen ggf. vor Ort zu kontrollieren. Der Auftraggeber hat das Recht, den Einsatz des angegebenen Personals sowie der Räumlichkeiten abzulehnen, wenn bezüglich der Eignung Bedenken bestehen. Das gilt ebenso für einen Wechsel der Mitarbeiter bzw. Räumlichkeiten innerhalb der Vertragslaufzeit.

Name des Projektes:	Streitschlichter	
Name der Projektschule:	Europaschule Oberschule Johann Gottfried Herder	
PLZ Ort:	15711	Königs Wusterhausen
Name der Kooperationsschule mit PLZ und Ort		

2.1 Zielgruppe

geplante TN-Zahl Schülerinnen und Schüler gesamt	12
• davon Mädchen	6
• davon Jungen	6
• davon TN mit Migrationshintergrund	0
• aus Klassenstufe 7	3
• aus Klassenstufe 8	3
• aus Klassenstufe 9	3
• aus Klassenstufe 10	3

2.2 Bedarfsanalyse der Schule

<p>Ausgangssituation/IST-Analyse</p> <p>Aktuelle Situation der anvisierten Zielgruppe, Kernkompetenzen, die noch zu gering oder gar nicht ausgeprägt sind.</p>	<p>Schlechte Stimmung, Streit, Stress, Vandalismus und Feindseligkeiten, Gewalt, lästern, ärgern: dies sind Verhaltensweisen, die unser Schulklima vergiften.</p> <p>Die SuS verfügen über wenig bis keine adäquaten Konfliktlösungsstrategien, so dass bereits kleine Konflikte eskalieren. Dies liegt unter anderem an der geringen Frustrationstoleranz einiger. Weiter fällt es den Schülern schwer, Gefühle zu erkennen und entsprechend zu handeln. Sie ziehen auch bei kleinen Konflikten Lehrer oder die Sozialarbeiterin der Schule hinzu, sind entsprechend nicht in der Lage, diese selbst untereinander zu lösen.</p> <p>Oftmals werden Konflikte auch mit Gewalt gelöst, sowohl körperlicher als auch seelischer Art.</p> <p>Es sollen neue Streitschlichter aus- sowie die bestehenden weitergebildet werden. Sie sollen zu einem Team zusammenwachsen.</p>
---	---

2.3 Ziele und Leistungsmerkmale des Projektes

<p>Ziel der Maßnahme ist es nebenstehende personale und soziale Schlüsselkompetenzen als Merkmale der Berufswahlkompetenz konkret zu entwickeln.</p>	Konfliktfähigkeit
	Selbstorganisation und Selbstständigkeit
	Teamfähigkeit
<p>Die Zielerreichung wird anhand nebenstehender Indikatoren gemessen.</p>	<p>Die SuS arbeiten im altersheterogenen Team zusammen, sie können anderen Feedback geben, sind kompromissfähig, können Kritik und Lob geben und erhalten.</p>
	<p>Die SuS lernen verschiedene Konfliktlösungsmöglichkeiten im Rahmen der Streitschlichtung kennen und können diese erfolgreich umsetzen. Die SuS kennen verschiedene Kommunikationsstrategien und können diese anwenden. Die Schüler können Konflikte direkt und verbal lösen, ohne jegliche Art von Gewalt.</p>
	<p>Die SuS arbeiten weitgehend autonom, unterstützen sich gegenseitig. Arbeitspläne u.ä. werden durch die SuS erarbeitet.</p>

<p>Spezielle Anforderungen an die Maßnahme</p>	<p>Außerschulischer Lernort ist gewünscht, um intensiv und ohne Ablenkungen arbeiten zu können</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aus- und Weiterbildung von Begleitpersonen, um bei Fragen und Problemen der Schüler im Alltag unterstützend tätig zu werden - Freizeitaktivitäten für notwendige Erholungsphasen: erlebnispädagogische Möglichkeiten als Abwechslung zu den theoretischen Anteilen und als teambildende Maßnahme - Einüben des Gelernten in Form von Rollenspielen - erfahrener Sozial- und Erlebnispädagoge als Trainer - ganztägige Betreuung/Angebote auch im Abendbereich 			
<p>Einordnung des Projektes in das Schulprogramm</p>	<p>Bereits jetzt gibt es verschiedene Programme der Gewaltprävention an unserer Schule, zum Beispiel das Soziale Kompetenztraining des Jahrgangs 7. Im Schuljahr 2016/17 wurden die ersten Streitschlichter ausgebildet und in der Arbeitsgruppe weiter mit ihnen gearbeitet. Die SuS werden stärker einbezogen und eine nachhaltige Arbeit ist möglich.</p> <p>Weiterhin trägt die Schule mittlerweile den Titel "Faire Schule", der unter anderem auf dem Grundsatz beruht, dass, nur wenn sich SuS fair und respektvoll behandelt fühlen, bereit sind, sich mit Fragen globaler Gerechtigkeit auseinanderzusetzen und sich für mehr globale Gerechtigkeit zu engagieren.</p> <p>Das Konzept der Fairen Schule verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und umfasst die Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> •Fairer Umgang miteinander/ demokratische Schulkultur •Fair zu Umwelt und Klima/ ökologische Verantwortung •Fair zu Menschen rund um den Globus/ Globales Lernen. 			
<p>Ergebnisdokumentation im Berufswahlpass (BWP)</p>	X	Teilnahmebescheinigung	X	Dokumentieren eigener Aufzeichnungen
		Nutzung der Arbeitsblätter des BWP		Weiteres:

2.4 Organisationsform

Bisheriger und geplanter Einbezug der Zielgruppe in die Maßnahmeentwicklung:
Die ersten Streitschlichter sind ausgebildet worden und arbeiten bereits im zweiten Jahr. Es gibt Interessenten für die weitere Ausbildung. Die SuS selbst präferierten einen außerschulischen Lernort, um sich intensiv mit der Ausbildung und Teambildung beschäftigen zu können. Es wurden im laufenden Schuljahr zusätzlich zur Ausbildung Teamtage organisiert und durchgeführt.
Einbezug der leistungsschwächeren Schüler:
Die Auswahl der SuS ist nicht gebunden an ihre schulischen Leistungen. Ein erfahrener Lehrer und die Schulsozialarbeiterin sind im Projekt begleitend und unterstützend aktiv. Die SuS bekommen den verpassten Schulstoff durch Mitschüler und Lehrer vermittelt.
Art und Umfang der aktiven Beteiligung der Lehrkräfte an der Projektdurchführung:
Eine Lehrkraft sowie die Sozialarbeiterin unserer Schule nehmen gemeinsam mit den SuS an der Maßnahme teil, um so auch nach Ende des Projekts nachhaltig weiter mit den Streitschlichtern arbeiten zu können. Hierzu gibt es regelmäßige Treffen mit den SuS, sie können den Raum der Schulsozialarbeit nutzen. Zukünftig ist ein eigener Raum für sie geplant. Es ist ebenfalls angedacht, dass das Programm etabliert wird, das heißt, dass auch im nächsten Jahr wieder SuS aus- beziehungsweise weitergebildet werden. Die Vorbereitung des Projekts und die Einstimmung erfolgen durch die Lehrkraft, sie steht den Streitschlichtern während des Schuljahres unterstützend zur Seite.
Es werden folgende nachhaltige Wirkungen in Bezug auf die Entwicklung der Schule erwartet.
Insgesamt geht es um die Verbesserung des Schulklimas. Die Streitschlichter fungieren als Multiplikatoren für alle am Schulalltag Beteiligten und tragen so dazu bei, die Kommunikation verbessern. Die gewaltfreie Konfliktlösung, aktive Partizipation und Selbstständigkeit der SuS trägt ebenfalls dazu bei.
Bisherige und geplante Einbeziehung der Eltern der Schülerinnen und Schüler in die Projektdurchführung:
Im Vorfeld werden die Eltern mittels einer Elternversammlung über das Projekt informiert, im Nachhinein ist eine Informationsveranstaltung der SuS für Interessierte geplant, auf der die Erlebnisse und Ergebnisse des Projekts vorgestellt werden. Die Eltern erhalten weiterhin entsprechende Hinweise und Tipps, wie sie ihre Kinder unterstützen können.

Geplanter Durchführungszeitraum des Projektes:			
Die Vorbereitungsphase soll stattfinden in der Zeit vom	01.10.2018	bis	31.01.2019
Durch den Bieter sind für die Vorbereitungsphase folgende Tätigkeiten zu planen:			
Vorbereitung mit bereits ausgebildeten Streitschlichtern (Peer-Coaching) Auswahltag mit Interessenten 4 Vorbereitungstreffen			
Die aktive Projektphase mit der Zielgruppe soll stattfinden:			
<input type="checkbox"/>	wöchentlich		
<input type="checkbox"/>	modular		
<input checked="" type="checkbox"/>	im Block	ganztägig, Januar 2019 (5 Tage)	
Die Nachbereitung des Projektes soll stattfinden in der Zeit vom	01.02.2019	bis	31.05.2019
Durch den Bieter sind für die Nachbereitungsphase folgende Tätigkeiten zu planen:			
vier Projekttag in der Schule und außerhalb, ein Trainer einmal pro Monat			

2.5 Rahmenbedingungen

Im Rahmen des pädagogischen Konzeptes soll gearbeitet werden:						
<input type="checkbox"/>	im Klassenverband					
<input checked="" type="checkbox"/>	in Kleingruppen mit einer maximalen Gruppenstärke von	12	Personen			
<input type="checkbox"/>	Das Projekt soll in der Schule/ auf dem Schulgelände durchgeführt werden					
<input checked="" type="checkbox"/>	Das Projekt soll an einem außerschulischen Lernort durchgeführt werden					
	Maximale Entfernung zum außerschulischen Lernort in Kilometern				30	
	Aufschlüsselung der auswärtigen Übernachtungen, die der Bieter in seiner Ausgabenkalkulation berücksichtigen muss.					
	Anzahl Nächte	4	Anzahl Schülerinnen und Schüler	12	Anzahl Begleitpersonen	2
	Fahrkosten müssen durch den Bieter in seiner Ausgabenkalkulation berücksichtigt werden.				<input checked="" type="checkbox"/>	
	Kosten für Verpflegung müssen durch den Bieter in seiner Ausgabenkalkulation berücksichtigt werden.				<input checked="" type="checkbox"/>	

**Seitens des Bieters muss folgende Ausstattung vorgehalten werden:
(sachlich/technisch/räumlich)**

erlebnispädagogische Elemente, moderne Seminarräume mit entsprechender Ausstattung (Beamer, Laptop etc), geeignetes Außengelände, abwechslungsreiche Mahlzeiten mit Berücksichtigung der einzelnen Bedarfe, angemessene und altersgerechte Unterbringung in 2-4

Seitens des Bieters soll folgendes Personal vorgehalten werden:

1 Trainer mit entsprechender Ausbildung (Mediation o.ä.)

Gemäß Brandenburgischem Vergabegesetz sind die Auftragnehmer verpflichtet bei der Ausführung der vereinbarten Leistungen eingesetzte Beschäftigte nach einem etwaigen Mindestlohn auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, mindestens aber mit einem Mindestarbeitsentgelt von zurzeit 9,00 Euro je Arbeitsstunde zu bezahlen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich mit Abgabe seines Angebotes zur Einhaltung des Brandenburgischen Vergabegesetzes.

2.6 Kostenkalkulation

Die Kalkulation zu den geplanten Kosten des Projektes muss anhand des als Anlage 3 beigefügten Kalkulationsschemas vorgenommen werden.

Seitens des Auftraggebers werden für die Durchführung des Projektes Maximalkosten (Brutto) in Höhe von 9.400,00 € kalkuliert. Angebote, deren Gesamtpreis über den geplanten Maximalkosten des Auftraggebers liegen, können bei der Vergabe nicht berücksichtigt werden.

3. Wertungskriterien

Anhand folgender Wertungskriterien muss der Bieter analog der vorgegebenen Gliederung darstellen, wie er entsprechend der gestellten Anforderungen das Projekt durchführen und die Qualität der Durchführung sicherstellen wird.

Wertungsbereiche	Wertungskriterien	Punkte Prüfer 1	Punkte Prüfer 2	Relevanzfaktor	Erzielte Leistungspunkte Spalte3 + Spalte4 x Spalte5
1	2	3	4	5	6
1.1	Ablauf/Systematik Erläutern Sie für den Fall der Zuschlagserteilung Ihren Zeitplan (Meilensteine) sowie Ihre Vorgehensweise in Bezug auf die Umsetzung der ausgeschriebenen Inhalte.			3	
1.2	Pädagogisches Konzept Stellen Sie Ihr pädagogisches Konzept dar, mit dem Sie im Hinblick auf die Erhöhung der Ausbildungsfähigkeit den dargestellten Projektinhalt umsetzen und die angegebenen Projektziele erreichen wollen. Insofern das Projekt durch spezielle Leistungsmerkmale gekennzeichnet ist, so gehen Sie auf die Einbindung dieser bitte explizit ein. Darüber hinaus sind im Rahmen des pädagogischen Konzeptes die nachfolgenden Punkte 1.2.1 bis 1.2.4 verbindlich und vollumfänglich darzustellen.			5	
1.2.1	Prozessorientierung Stellen Sie dar, inwieweit Reifegrad und Interessen der Schülerinnen und Schüler (SuS) konzeptionell in Ihrem Angebot Beachtung finden. Berufsorientierungsangebote müssen darüber hinaus berufsbiografische Erfahrungen sowie ggf. vorhandenes berufsbezogenes Vorwissen der SuS einbeziehen und beachten.			5	
1.2.2	Transparenz Entscheidend ist es für die SuS Ziele, Ablauf und Bedeutung des Angebotes zu verstehen. Beschreiben Sie, wie die SuS in Mitentscheidungsprozesse zum Angebot einbezogen werden und wie Sie eine Rückmeldung zu den erzielten Ergebnissen erhalten.			5	
1.2.3	Umgang mit Heterogenität Vermittlung von Gleichberechtigung sowie Wertevielfalt, Interkulturalität und Pluralismus. Beschreiben Sie, wie Sie die Unterschiedlichkeit der SuS hinsichtlich Geschlecht, körperlichen Gegebenheiten, Lebensstil und/oder kulturellen religiösen Hintergründen als Vorteil soweit möglich für alle SuS nutzbar machen werden.			5	

1.2.4	Dokumentation/ Nachhaltigkeit (Schülerebene) Geben Sie an, wie die SuS unterstützt werden, ihre individuellen Erkenntnisse und Erfahrungen festzuhalten. Gehen Sie dabei auch auf die Arbeit mit dem Berufswahlpass ein.			5	
1.3	Methoden Stellen Sie dar, welche Methoden bei der Umsetzung ihres pädagogischen Konzeptes zum Tragen kommen.			4	
1.4	Konfliktmanagement Erläutern Sie, wie Sie mit individuellen, aber auch die Gruppe betreffenden Problemen und Konflikten umgehen wollen bzw. diese beseitigt werden können.			2	
1.5	Umgang mit Über-/Unterforderung: Erklären Sie, wie Sie mit Teilnehmern umgehen, bei denen sich eine Über- bzw. Unterforderung während der Maßnahme abzeichnet. Gehen Sie dabei insbesondere darauf ein, welche Methoden Sie bei lernbeeinträchtigten Teilnehmern bzw. Teilnehmern mit fehlendem Basiswissen anwenden wollen, damit diese die Projektziele trotz ihrer individuellen Schwierigkeiten erreichen können.			2	
1.6	Öffentlichkeitsarbeit Bitte beschreiben Sie kurz die für das Projekt geplanten öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten.			1	
2.1	Ausstattung Beschreiben Sie kurz, welche sachliche/technische Ausstattung Sie für die adäquate Durchführung des Projektes gem. Leistungsbeschreibung zur Verfügung stellen bzw. wie Sie die Erfüllung der Anforderungen sicher stellen.			1	
3.1	Zusammenarbeit mit der Schule Erläutern Sie, wie Sie die enge Zusammenarbeit im Team (Lehrkraft der Schule+Fachkraft Bieter) sicherstellen wollen. Erklären Sie insbesondere die organisatorische Vorgehensweise.			4	
3.2	Nachhaltigkeit Beschreiben Sie, welche konkreten nachhaltigen Effekte Sie von dem Projekt für die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und die Schulentwicklung insgesamt erwarten.			2	

Neben den vorgenannten inhaltlichen Wertungskriterien fließt die Stellungnahme der Projektschule in die Gesamtbewertung des Angebotes mit ein.

Durch die Projektschule werden folgende Inhalte des Konzeptes bewertet:

- Das Konzept berücksichtigt die in der Bedarfsanalyse* dargestellten Bedarfe der Schülerinnen und Schüler.
- Das Konzept dient den in der Bedarfsanalyse dargestellten Zielen zur Erhöhung der Ausbildungsfähigkeit.

- Die im Konzept dargestellte Zusammenarbeit mit der Schule trägt zum Gelingen des Projekts bei.
- Beurteilung des pädagogischen Konzepts hinsichtlich der Nachhaltigkeit für die SuS.
- Beurteilung des pädagogischen Konzepts hinsichtlich der methodischen Ansätze und Aktivitäten zur Zielerreichung.

(* die Bedarfsanalyse der Projektschule ist Grundlage der Ausschreibung)

Durch die Schule können pro vorgenanntem Wertungskriterium bis zu drei Leistungspunkte vergeben werden. Die Gesamtpunktzahl aus der Stellungnahme der Schule geht mit 1,2-facher Wertigkeit in die Gesamtbewertung ein. Somit können von den 282 maximal zu vergebenden Leistungspunkten maximal 18 durch die Schule und 264 durch den Regionalpartner vergeben werden.

(Muster)Vertrag über die Durchführung eines Schulprojektes im Rahmen des Förderprogramms Initiative Sekundarstufe I (INISEK I) im Land Brandenburg

Die nachstehenden Vertragsparteien:

___ (Name und Adresse des Trägers des INISEK-Regionalpartners) ___
als INISEK-Regionalpartner ___ (Ort) ___

vertreten durch Frau ___ // Herrn ___
- im Folgenden: Maßnahmeträger -,

und als Kooperationspartner für das INISEK-Schulprojekt:

___ (Name) _____,
___ (Anschrift) _____,

vertreten durch Frau ___ // Herrn ___

- im Folgenden: Kooperationspartner –

schließen folgenden Vertrag:

§ 1 - Gegenstand

(1) Die Vertragspartner vereinbaren die Durchführung des INISEK-I-Schulprojektes:

___ (*Projektbezeichnung*) ___,
Projektnummer: ___ (Nummer) ___

an der beteiligten Schule (Name der Schule) in (Ort).
an den beteiligten Schulen (Name der Schule) in (Ort) und
(Name der Schule) in (Ort).

(2) Das INISEK-Schulprojekt gehört zu folgendem Förderbereich:

- Entwicklung der Berufswahlkompetenz,
- Herausbildung und Stärkung von sozialen und personalen Schlüsselkompetenzen.

(3) Grundlage für die Durchführung des Projektes stellen das Angebot des Kooperationspartners einschließlich der Kalkulation vom XX.XX.XXXX sowie die Leistungsbeschreibung gemäß den Vergabeunterlagen dar, die Bestandteile dieses Vertrages sind. Sie enthalten Kriterien zur Bestimmung der Zielerreichung bzw. Kriterien der Leistungserbringung und -messung.

- (4) Das INISEK-I-Schulprojekt an der Schule beginnt am XX.XX.201X und endet am XX.XX.201X.

§ 2 - Leistungen des Kooperationspartners

- (1) Der Kooperationspartner setzt das Projekt entsprechend dem Angebot (Anlage 1) und der Leistungsbeschreibung (Anlage 2) um.
- (2) Er wird hierzu ausschließlich Personal einsetzen, das über die erforderliche fachliche und persönliche Eignung verfügt. Hierzu wird empfehlend auf die Hinweise der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter vom April 2006 zur Eignungsüberprüfung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe nach § 72a SGB VIII, die Arbeitshilfe des Landesjugendamtes Brandenburg zu Trägervereinbarungen nach §§ 8a und 72a SGB VIII vom März 2006 und die allgemeinen Ziele und Grundsätze der Erziehung und Bildung gemäß § 4 BbgSchulG verwiesen. Er wird die festgestellte Eignung gegenüber dem Maßnahmeträger oder der Schule im begründeten Fall darlegen.
- (3) Der Kooperationspartner stellt dem Maßnahmeträger die statistischen Daten durch Eintragung in dessen Formulare vollständig und zu den von ihm festgelegten Terminen zur Verfügung.
- (4) Der Kooperationspartner informiert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entsprechend der Regelungen unter § 5 Abs. 2 in geeigneter Form über die Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Mitteln des Landes Brandenburg sowie der Agentur für Arbeit und bestätigt Ihnen die Teilnahme am Projekt nach dem vom Maßnahmeträger vorgegebenen Muster. Eine solche Teilnahmebescheinigung erhält jede Schülerin/jeder Schüler nach Abschluss des Schulprojektes, sofern sie/er zu 80 Prozent aktiv an der Maßnahme teilgenommen hat. Die mindestens 80 prozentige Teilnahmeverpflichtung misst sich am zeitlichen Umfang der Maßnahme, die Entscheidung über die aktive Teilnahme ist in Abstimmung zwischen Kooperationspartner und betreuender Lehrkraft zu treffen.
- (5) Der Kooperationspartner wird zu den vereinbarten Terminen gegenüber dem Maßnahmeträger die Erbringung seiner Leistung darstellen und diesem gegenüber Rechnung legen.
- (6) Er legt dem INISEK-I-Regionalpartner spätestens 14 Tage nach Ende der Projektlaufzeit einen Projektbericht vor, in dem das erzielte Ergebnis des Projekts im Einzelnen darzustellen und den vorgegebenen Zielen gegenüberzustellen ist. Der Kooperationspartner hat dabei insbesondere auch den tatsächlichen Ablauf des Projektes zu beschreiben. Dazu stellt der Maßnahmeträger ein Formular bereit.
- (7) Er legt dem INISEK-I-Regionalpartner auf dessen Verlangen alle Qualifikationsnachweise der tatsächlich für die Leistungserbringung eingesetzten Fachkräfte termingerecht vor.

§ 3 - Kosten und Finanzierung

- (1) Die Gesamtkosten des INISEK-Schulprojektes belaufen sich auf

X.XXX,XX EUR

(in Worten: _____ EUR).

- (2) Der unter § 3 Abs. 1 genannte Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

- a. _____ EUR aus dem ESF
b. _____ EUR Eigenanteil des Schulträgers
c. _____ EUR der Agentur für Arbeit

- (3) Der Maßnahmeträger verpflichtet sich, aus den ihm gemäß § 3 Absatz 2 für das Programm bereitgestellten Mitteln eine Vergütung in Höhe von

bis zu **X.XXX,XX EUR**

(in Worten: _____ EUR).

an den Kooperationspartner für die von ihm erbrachte Leistung auf Grund dessen fristgerechter Rechnungslegung und Berichterstattung zu leisten. Voraussetzung der Leistung ist die Zurverfügungstellung der Mittel durch die Zuwendungsgeber an den Maßnahmeträger sowie die Bestätigung der Leistungserbringung durch die Schule.

§ 4 - Pflichten des Kooperationspartners

- (1) Gegenstände, die zur Durchführung des Projekts angeschafft oder hergestellt wurden, sind sorgfältig zu behandeln. Sie müssen während des gesamten Projektzeitraums dem Projekt zur Verfügung stehen.
- (2) Der Kooperationspartner erklärt, die für Leistungen nach diesem Vertrag erhaltene Vergütung nicht als Kofinanzierung zu anderen, in diesem Vertrag nicht genannten Fördermitteln einzusetzen (z.B. für Förderprogramme des Bundes).

§ 4a - Zusätzliche Auflagen

- (1) Der Kooperationspartner hat ...

§ 5 - Allgemein geltende Bestimmungen

- (1) Der Kooperationspartner stimmt einer Veröffentlichung seiner Stammdaten (Name des Unternehmens / Kooperationspartners und Kommunikationsdaten) und seiner Beteiligung als Kooperationspartner beim Schulprojekt durch den Maßnahmeträger zu.
- (2) Die vertragschließenden Seiten sind verpflichtet, die Vorgaben des Merkblatts „Information und Kommunikation für ESF-geförderte Vorhaben“ des Ministeriums für

Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (abrufbar unter www.esf.brandenburg.de) sowie die vom Maßnahmeträger bereitgehaltene Arbeitshilfe zur Öffentlichkeitsarbeit zu beachten. Insbesondere sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- a. Information der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Mitteln des Landes Brandenburg (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) **sowie der Agentur für Arbeit** in geeigneter Form,
 - b. Hinweis auf diese Förderung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (u. a. Schriftverkehr, Internet, Veröffentlichungen und insbesondere auch gegenüber den Medien).
 - c. Herausgabe einer Pressemitteilung, um die Bürgerinnen und Bürger über die aus Mitteln des ESF und des Landes Brandenburg **sowie der Agentur für Arbeit** finanzierten Projektziele und -ergebnisse zu informieren.
- (3) Das Gender-Mainstreaming-Prinzip ist von allen Vertragspartnern anzuwenden, d. h. bei der Planung, Durchführung und Begleitung der Maßnahmen sind ihre Auswirkung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern aktiv zu berücksichtigen.
- (4) Allen Vertragspartnern steht grundsätzlich ein nichtausschließliches unentgeltliches Nutzungsrecht an den Projektergebnissen zu. Unbenommen hiervon bleibt das Urheberrecht beim jeweiligen Autor.

§ 6 - Rechnungslegung und Zahlungen

- (1) Die vollständige Zahlung durch den Maßnahmeträger an den Kooperationspartner erfolgt, wenn:
- das Projekt entsprechend Projektangebot und Leistungsbeschreibung durchgeführt wurde,
 - der Kooperationspartner gegenüber dem INISEK-Regionalpartner Rechnung gelegt sowie
 - einen Projektbericht vorgelegt hat, der den Anforderungen des § 2 Abs. 2 lit. f) entspricht.
- (2) Zwischenrechnungen können nach Bedarf für erbrachte Teilleistungen gestellt werden, für das Jahr 2017 ist eine Zwischenrechnung spätestens jedoch bis zum 12.01.2018 zu stellen.

Die Schlussrechnung erfolgt bis zum XX.XX.2018.

- (3) Mit der Schlussrechnung ist ein Projektbericht einzureichen. Mit den Zwischenrechnungen sind der tatsächliche Fortschritt laut dem im Angebot dargestellten Zeitplan und mögliche Gefährdungen der planmäßigen Durchführung des INISEK-I-Schulprojekts darzustellen. Die Berichtspflichten gemäß § 2 Abs. 6 bestehen unabhängig davon; die Berichte können im Rahmen der gesetzten Termine verbunden werden. Der Projektbericht bedarf als zahlungsbegründende Unterlage

hinsichtlich der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Kooperationspartners der Bestätigung durch die Schule als "sachlich richtig".

- (4) Die Vergütung kann vom Ergebnis von Prüfungen des Maßnahmeträgers bei den Vertragspartnern abhängig gemacht werden.
- (5) Die Vergütung durch den Maßnahmeträger an den Kooperationspartner erfolgt nur im Rahmen von Zuwendungen an den Maßnahmeträger für das Programm INISEK I. Da die Verwendung der Zuwendungen fristgebunden ist, erlischt der Anspruch des Kooperationspartners auf Vergütung, wenn er seiner Pflicht zu vollständiger Rechnungslegung gegenüber dem Maßnahmeträger nicht fristgemäß nachkommt.

§ 7 - Aufbewahrungspflichten, Prüfungsrechte und Auskunftspflichten

- (1) Der Kooperationspartner verpflichtet sich zur Aufbewahrung von Unterlagen und zur Gewährleistung der Prüfungsrechte und Auskunftspflichten gegenüber den unter Absatz 4 genannten Stellen. Diesen ist Zutritt zu den Geschäftsräumen zu gewähren.
- (2) Der Kooperationspartner verpflichtet sich, dem Maßnahmeträger die für die Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Pflichten erforderlichen Informationen fristgemäß, spätestens jedoch zum Termin des Abschlussberichts in geeigneter Form bereitzustellen.
- (3) Es sind die Originalbelege und ggf. Leistungsnachweise oder ggf. mit den Originalen übereinstimmend bescheinigte Fassungen auf allgemein anerkannten Datenträgern bis zum 31.12.2028 aufzubewahren.
- (4) Der Kooperationspartner gewährt folgenden Stellen oder von diesen beauftragten Einrichtungen das Recht auf Vor-Ort-Prüfungen (Prüfung des Projektfortschritts und entsprechender Dokumentationen):
 - Maßnahmeträger
 - ESF-Prüfbehörde im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASGF),
 - ESF-Bescheinigungsbehörde im MASGF,
 - Europäische Kommission,
 - Investitionsbank des Landes Brandenburg,
 - Landesrechnungshof des Landes Brandenburg,
 - Europäischer Rechnungshof

§ 8 - Gefährdung des Vertragsziels, Vertragsbeendigung, Rückzahlung

- (1) Sobald eine der Vertragsparteien Hinweise erhält, wonach die Durchführung des INISEK-Schulprojektes nicht in der vereinbarten Weise möglich, entsprechend den Zielen des Programms nicht mehr sinnvoll oder in anderer Weise dessen vertragsgemäße Durchführung gefährdet erscheint, ist sie verpflichtet, diese unverzüglich der anderen Vertragspartei umfassend mitzuteilen. Der

Kooperationspartner ist darüber hinaus verpflichtet, unverzüglich den INISEK-Regionalpartner zu informieren, wenn über sein Vermögen ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet wird. Der INISEK-Regionalpartner wird in diesen Fällen unverzüglich eine Abstimmung zwischen den Beteiligten einleiten, um die Durchführung oder zumindest die geordnete Abwicklung des INISEK-Schulprojektes zu sichern. Die Vertragsparteien werden alles Zumutbare unternehmen, um dieses zu erreichen.

- (2) Eine ordentliche Kündigung dieses Vertrages ist ausgeschlossen. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt.
- (3) Der INISEK-Regionalpartner ist zum Rücktritt von diesem Vertrag berechtigt, wenn
 - a. die Voraussetzungen für den Vertragsabschluss nachträglich weggefallen sind oder
 - b. der Abschluss dieses Vertrages durch Angaben zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren oder
 - c. der Kooperationspartner den in § 2 Absatz 1 - 6 und § 4 benannten Verpflichtungen nicht nachkommt.Dies gilt insbesondere für den Fall, dass eine ungenügende fachliche oder persönliche Eignung des vom Kooperationspartner eingesetzten Personals eintritt oder nachträglich erkennbar wird.
- (4) Im Fall des Rücktritts erfolgt die Rückabwicklung des Vertrages auf der Grundlage der dafür geltenden gesetzlichen Bestimmungen.
- (5) Erhebt ein Zuwendungsgeber gegenüber dem Maßnahmeträger Rückzahlungsforderungen, Zins- oder Erstattungsansprüche und liegt die Ursache des Erstattungsanspruchs beim Kooperationspartner, insbesondere in nicht rechtzeitiger oder unvollständiger Rechnungslegung, so ist dieser verpflichtet, dem Maßnahmeträger den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen.
- (6) Rückzahlungen aus diesem Vertrag werden mit 5 % über dem jeweils geltenden Basiszinssatz gemäß § 247 BGB verzinst.

§ 9 - Gerichtsstand

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist _____ [*Sitz des Maßnahmeträgers*] _____.

§ 10 - Schlussbestimmungen

- (1) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Sofern sich Änderungen in den Zuwendungsbescheiden an den Maßnahmeträger ergeben, die Auswirkungen auf den Vertragsinhalt haben, erklären sich die Vertragsparteien bereit, den Vertrag entsprechend anzupassen. Vertragsänderungen und -ergänzungen bedürfen der Schriftform.

- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksamen Bestimmungen durch Bestimmungen zu ersetzen, die dem ursprünglich verfolgten Zweck im Rahmen des Programms INISEK I so nahe wie möglich kommen.

Maßnahmeträger

(Datum)_____, (Ort)_____

(Vorname, Name)

Kooperationspartner

(Datum)_____, (Ort)_____

(Vorname,

Name)